

Antrag

des Abg. Frank Bonath u. a. FDP/DVP

Erleichterung von Vereinsfusionen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob sie grundsätzlich Vereinsfusionen als Mittel einer Konzentration von Aufgaben in Zeiten geringer werdenden ehrenamtlichem Engagement sinnvoll findet;
2. welchen rechtlichen Rahmenbedingungen eine Fusion zweier eingetragener Vereine unterliegen;
3. welche Formvorschriften außerhalb der jeweiligen Satzungen beachtet werden müssen;
4. welche steuerlichen Rahmenbedingungen bei welchen Steuerarten hier in Frage kommen;
5. wie der Verschmelzungsprozess aus Sicht der öffentlichen Hand ablaufen muss;
6. wie der Übergang gesellschaftsrechtlich und steuerrechtlich gestaltet werden muss;
7. wie sich diese Fragen bei einer Fusion oder einer Neugründung oder bei einer Eingliederung eines Vereins in einen anderen andererseits darstellt;
8. weshalb beim Übergang der beiden Vereine in die fusionierte Struktur bei vorhandenen Grundstücken Grunderwerbsteuer gezahlt werden muss, obwohl hier gar kein Erwerb stattfindet;
9. warum sie mit nicht nachvollziehbaren Steuerforderungen ehrenamtliches Engagement erschwert;
10. warum sie mit einer Steuerforderung die fusionsbereiten Vereine quasi auffordert, eine Art Share-Deal-Konstruktion anzustreben und damit die Vorteile der Fusion verhindert;
11. inwieweit sie sich dafür einsetzt, das Vereinsrecht von unpassenden Analogien zu gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen frei zu machen,
12. inwieweit die im Antrag Drucksache 17/4127 angesprochenen Vereinsbeauftragten in den Finanzämtern hier beratend tätig werden und in der Vergangenheit in Anspruch genommen wurden.

21.10.2025

Bonath, Fischer, Hapke-Lenz, Haußmann, Karrais, Dr. Schweickert, Fink-Trauschel, Dr. Kern, Hoher FDP/DVP

Begründung

Die Situation Ehrenamtlicher vor Ort sieht in letzter Zeit öfter eine Konzentration von Sport -und sonstigen Vereinen, da oftmals die Zahl an Freiwilligen zu gering ist, gleichartige Vereine parallel zu betreiben. Planen und führen Vereine solche Fusionen aber durch, stoßen sie auf viele rechtliche Hürden bis hin zu Steuerforderungen beim Übergang von Werten und Grundstücken, obwohl hier objektiv kein Mehrwert entsteht. Aufgrund ansonsten nicht entstehenden Steuerforderungen werden solche Projekte dann abgesagt oder auf die Gemeinde zugegangen, ob diese hier bezuschussen kann – und dies ist oft nicht mehr der Fall in dieser Finanzsituation. Dieser Antrag soll die Situation beleuchten.